

Formblatt für Stellungnahmen

für die 2. Konsultation in den Festlegungsverfahren der Beschlusskammern 7 zur Ausgestaltung des Zugangs zu Gasversorgungsnetzen nach dem Urteil des EuGH vom 02.09.2021 (C-718/18)

hier: Festlegung in Sachen Kapazitätsregelungen und Abwicklung des Netzzugangs im Gassektor - KARLA Gas 2.0

(Az: BK7-24-01-007)

Unternehmensname: FNB Gas e.V.

Datum der Stellungnahme: 14.02.2025

Eine geschwärzte Fassung der Stellungnahme	lege ich bei	ist nicht erforderlich
<i>Zutreffendes bitte kennzeichnen.</i>		X

Tenziffer des Festlegungsentwurfs	ggf. bezugnehmende Norm der GasNZV	Stellungnahme
Tz. 1 lit. c) Satz 2	§ 6 Abs. 1	Die Übernahme des Textes aus der GasNZV sollte nicht als abschließende Liste missverstanden werden. Die FNB schlagen vor, die Regelung analog der Begründung in WaKandA hier direkt im Tenor folgendermaßen zu ergänzen: "Transportkunden haben sich bei den Betreibern von Gasversorgungsnetzen, mit denen sie Ein- und Ausspeiseverträge abschließen wollen, zu registrieren. Dabei kann der jeweilige Netzbetreiber die Angabe der Anschrift des Transportkunden oder eines Vertreters fordern. Neben der Registrierung können die Netzbetreiber die Erfüllung weiterer Zulassungsvoraussetzungen vom Transportkunden verlangen. "
Tz. 1 lit. c) Satz 3	§ 6 Abs. 1	Die FNB begrüßen, dass die Regelung als "kann"-Regelung ausgestaltet ist.
Tz. 2 lit. c), cc) letzter Satz; Tz. 6 lit. b)	§ 19 Abs. 3; §12 Abs. 1 S. 2	Es sollte klargestellt werden, dass die Kosten über die Netzentgelte umgelegt werden. Vgl. Tenziffer 6 lit. b. Aufnahme muss für alle Regelungen erfolgen bei denen NB die Kosten tragen müssen.

Tenorziffer des Festlegungsentwurfs	ggf. bezugnehmende Norm der GasNZV	Stellungnahme
Tz. 2 lit. e)	§ 8 Abs. 3	Hier sollte es zur Klarstellung „Verteilernetzbetreiber“ statt „Netzbetreiber“ heißen, um eine Interne Bestellung zwischen FNB weiterhin auszuschließen.
Tz. 2 lit. g)	§ 8 Abs. 5	Die FNB begrüßen die Übernahme des § 8 Abs. 5 der GasNZV und regen an, in diesem Zusammenhang eine Klarstellung bezüglich der vertraglichen Vereinbarung der Mengenanmeldung für RLM-Kunden durchzuführen. Die bestehende Regelung ist insofern widersprüchlich, als dass sie den Netzbetreibern einerseits einen Anspruch zugesteht ("kann verlangen"), ganz am Ende der Regelung dies aber wieder unter den Vorbehalt einer vertraglichen Vereinbarung stellt ("und entsprechend vereinbart wurde"). Dieser Punkt wurde in der Kooperationsvereinbarung bereits inklusive der Modalitäten der Ausspeisemeldungen massengeschäftstauglich vereinbart, findet somit Eingang in die AGB der Netzbetreiber (vgl. § 15 und § 15a Anlage 1 der KOV XIV.1) und ist somit entbehrlich. Die Fernleitungsnetzbetreiber schlagen daher folgende Streichung vor: "Für Letztverbraucher mit registrierender Lastgangmessung und einem in der Regel nicht planbaren, extrem hohen und extrem schwankenden Gasverbrauch kann der Ausspeisenetzbetreiber technische Ausspeisemeldungen und die Einhaltung technischer Grenzen verlangen, soweit dies für die Systemintegrität des Ausspeisenetzes erforderlich ist und entsprechend vereinbart wurde. "
Tz. 2 lit. h), bb)	§ 7 Abs. 2	Die FNB verstehen die Regelung so, dass damit Steuerungskonten (OBAs) gemeint waren. Seit Zusammenlegung der Marktgebiete gibt es aber inländisch keine nominierten Punkte und auch keine zwischen Netzbetreibern abzuwickelnde Transportverträge an diesen Punkten. Ein Aufrechterhalten der Regelung macht somit theoretisch nur noch für Grenzübergangspunkte Sinn, war aber wohl nicht gemeint, da die Festlegung nur deutsche Netzbetreiber verpflichtet. Darüber hinaus ist die Anforderung, an Grenzübergangspunkten OBAs einzurichten, bereits in Artikel 9 der VO (EU) 2015/703 (NC INT) enthalten. Zumindest aus Sicht der Fernleitungsnetzbetreiber könnte die Regelung damit entfallen.
Tz. 4 lit. a) Sätze 2 und 3		Die FNB erachten den Verweis auf die Ausgestaltung der Vertragsbedingungen im Rahmen der KoV als sinnvoll und effizient und begrüßen insbesondere die Aufnahme der Regelung in Tz. 4 lit. a) Satz 3 im Sinne der effizienten Prozessgestaltung ausdrücklich.
Tz. 4 Begründung Rz (4); Tz. 2 lit. d) Begründung Rz. (4) (S. 19)		Das Wort "Leitungskapazität" in der Begründung (Rz. 4) ist missverständlich und nicht definiert. FNB würden die Formulierung "Kapazität des Leitungssystems" bevorzugen.
Tz. 4 lit. c) und lit. d) sowie Tz. 6 lit. c)		In den Tenorziffern wird jeweils die bestehende KARLA 1.1 Festlegung, die in mindestens zwei Fassungen besteht (Ursprungsversion aus 2015, geänderte Version aus 2018), abgeändert, aber dennoch in sich aufrechterhalten. Es ist nicht ersichtlich, warum KARLA 1.1 nicht in die neue KARLA 2.0 aufgenommen wird und damit beide Versionen konsolidiert

Tenorziffer des Festlegungsentwurfs	ggf. bezugnehmende Norm der GasNZV	Stellungnahme
		werden. Eine Konsolidierung würde die praktische Anwendung wesentlich erleichtern und die Rechtssicherheit somit erhöhen.
Tz. 4 lit f), bb)		Vorschlag zur Streichung, da der Punkt so missverstanden werden könnte, dass die Buchung durch die genannten Kundengruppen in ihrer Rolle als Letztverbraucher/Produzenten gebucht werden können. Die Buchung muss durch die genannten Kundengruppen in ihrer Rolle als Transportkunden diskriminierungsfrei erfolgen. Dies können auch die genannten Unternehmen sein, entbindet sie aber nicht von den Pflichten, denen alle Transportkunden unterliegen. Jedenfalls eine entsprechende Klarstellung wäre hilfreich.
Tz. 4 lit. e), Begründung zu Tenor 4, Rz (4) lit. c) (S. 25 bis S. 27)	§ 13 Abs. 3 S. 1 und S. 2	Die Gründe der BNetzA gegen die Umstellung auf das Auktionsverfahren sind aus FNB Sicht nachvollziehbar und sachgerecht. Die FNB begrüßen es, dass die BNetzA den FNB-Vorschlag aufgenommen hat, eine Neubewertung vorzunehmen, sobald die VO (EU) 2017/459 („Netzkodex Kapazitätszuweisung“) von der EU-Kommission in Zusammenarbeit mit der europäischen Regulierungsbehörde ACER überarbeitet wurde. Weiterhin begrüßen die FNB die Erwägung der BNetzA, neue regulatorische Vorgaben zu konsultieren (z.B. Reservierungsquoten und/oder Engpassmanagementmaßnahmen), die eine konkurrierende Vermarktung im FCFS-Regime in einer vorabdefinierten Konkurrenzzone ermöglichen würden.
Tz. 4 lit. f), Begründung zu Tenor 4, Rz (4) lit. d) (S. 27)	§ 13 Abs. 3 S. 1 und S. 2	Die FNB begrüßen, dass die BNetzA nicht beabsichtigt, das Vergabesystem an Punkten zu Letztverbrauchern auf eine konkurrierende Vergabe umzustellen. In diesem Zusammenhang weisen die FNB darauf hin, dass die profilierte (Within-)Day Buchungsmöglichkeit insbesondere für Kraftwerke, wie sie heute besteht, nicht dauerhaft so weitergeführt werden kann. Die damit verbundenen Leerstandskosten werden zurzeit größtenteils von anderen Marktteilnehmern getragen in einem stets kleiner werdenden Markt. Vor dem Hintergrund des Postulats der Verursachungsgerechtigkeit ist dies zweifelhaft.
Tz. 8 lit. d)	§ 38 Abs. 4	Die FNB begrüßen die Übernahme von § 38 GasNZV in die Festlegung. Die Regelung zur Reservierungsgebühr ist jedoch zu unbestimmt, um rechtssicher angewendet werden zu können. Beispielsweise ist unklar, auf welchen Zeitraum die Regelung abstellt bzw. wie mit zwischenzeitlichen Änderungen der Entgelte umzugehen ist und was eigentlich alles unter den Begriff des Entgeltes fällt (z.B. ohne/mit Umlagen?). Außerdem ist nicht unüblich, dass die Ein- oder Ausspeisepunkte für solche Reservierungsanfragen noch nicht eingerichtet sind zum Zeitpunkt der Reservierungsanfrage, so dass die Entgelte dafür noch gar nicht feststehen und auch nicht berechnet werden können, weil die Fernleitungsnetzbetreiber zunächst AMELIE anwenden müssten. Wir schlagen daher folgende Formulierung vor: "Die Reservierungsgebühr beträgt jährlich 20% des für die Buchung an einem entsprechenden Ein- oder Ausspeisepunkt zum Zeitpunkt des

Tenorziffer des Festlegungsentwurfs	ggf. bezugnehmende Norm der GasNZV	Stellungnahme
		<p>Abschlusses der Reservierungsvereinbarung gültigen Referenzpreises i.S.v. Art. 3 Ziff. 1 Verordnung (EU) 2017/460 (NC TAR)."</p> <p>Ziel der Regelung ist eine Ernsthaftigkeitsschwelle zu schaffen. Dieses Ziel kann besser erreicht werden, wenn zum Zeitpunkt der Reservierung eine Gebühr ermittelbar ist und diese nicht erst zum Zeitpunkt der späteren Buchung in Höhe von 20% des dann geltenden Entgelts festgesetzt werden kann. Im Einzelnen:</p> <p>"an einem entsprechenden Ein- oder Ausspeisepunkt": Welches Entgelt am neu zu schaffenden Ein- oder Ausspeisepunkt anliegen wird, ist zum Reservierungszeitpunkt nicht klar, da es den Punkt regelmäßig noch nicht gibt. Die Formulierung ermöglicht, die Reservierungsgebühr in Abhängigkeit der Punktklasse (Speicher, NAP, GÜP, ...) zum Zeitpunkt der Reservierung festzulegen. Innerhalb der Punktklassen sind die Entgelte bei FNB ohnehin aufgrund von AMELIE gleich.</p> <p>"zum Zeitpunkt des Abschlusses der Reservierungsvereinbarung": klares Abstellen auf den Zeitpunkt der Reservierungsvereinbarung anstatt auf ein erst künftig zu bildendes Entgelt.</p> <p>"gültigen Referenzpreises i.S.v. Art. 3 Ziff. 1 Verordnung (EU) 2017/460 (NC TAR)": Der Begriff des Referenzpreises ist im NC TAR eindeutig definiert und meint feste Jahreskapazität (in Deutschland nach KASPAR festgelegt FZK) und klammert etwaige Umlagen durch die Bezugnahme in der Definition auf "kapazitätsbasierte Fernleitungsentgelte" aus. Damit wird also auf die FZK-Jahreskapazität abgestellt, so dass die Unbestimmtheit hinsichtlich Produktlaufzeit und Produktart (insbesondere ohne Multiplier für die Entgeltberechnung) sowie der Umlagen hinreichend bestimmt werden können.</p> <p>In der Begründung zu Tenorziffer 8 lit. d) (Rn. 4) führt die BNetzA aus, dass bei Verzögerung der Inbetriebnahme eine Verlängerung der Reservierung mit einer weiteren Zahlung der Reservierungsgebühr möglich ist. Die FNB weisen an dieser Stelle darauf hin, dass eine Information einer verzögerten Inbetriebnahme jedoch nicht nur zum Zwecke einer Reservierungsverlängerung mit dem Netzbetreiber zu teilen ist, sondern auch für eine potentielle temporäre Vermarktung der reservierten Kapazitäten, die bis zur Inbetriebnahme vom Anschlusspetenten nicht benötigt wird. Die FNB regen daher an, dass die Festlegung eine umgehende Informationspflicht des Anschlusspetenten fordert, sobald ihm Informationen zu einer verzögerten Inbetriebnahme vorliegen. So kann der Netzbetreiber im Sinne des Maximierungsgebots die Kapazitäten bis zur geplanten Inbetriebnahme weiter im Netz zur Vermarktung anbieten.</p>
Nicht übernommen; Begründung zu Tz. 8 Rz. (6) (S. 31)	§ 39 GasNZV	<p>Hierzu ist anzumerken, dass die Kombination aus § 38 und § 39 entfällt, die es ermöglichte, eine stringente Behandlung der Bedarfe durch ein erforderliches finanzielles Commitment des Anschlussnehmers (Planungspauschale, ggf. Langfristbuchung) zu verfolgen. Die FNB stimmen dem Wegfall des Kapazitätsausbauanspruchs aus § 39 GasNZV dennoch zu und empfehlen der BNetzA, konkrete Bedarfe im Rahmen der Netzentwicklungsplanung zu berücksichtigen.</p>

Tenorziffer des Festlegungsentwurfs	ggf. bezugnehmende Norm der GasNZV	Stellungnahme
Nicht übernommen; Begründung zu Tz. 1, Rz. (6) (S. 17)	§ 5 GasNZV	Der Wegfall der in § 5 GasNZV enthaltenen Haftungsregelung bei Störung der Netznutzung sehen die FNB sehr kritisch. Der Hinweis auf Seite 17 (6) auf die im EnWG-Änderungsentwurf enthaltenen Regelungen ist nicht ausreichend, da unklar ist, ob entsprechende Verordnungen vor Auslaufen der GasNZV etabliert werden können. Die FNB schlagen zur Gewährleistung der Rechtssicherheit die Aufnahme einer Übergangsregelung entsprechend § 118 Abs. 54 EnWG-E in die Festlegung vor. Es sollte in jedem Fall vermieden werden, dass die bestehenden spezifischen Haftungsregelungen ersatzlos wegfallen. Dies würde dazu führen, dass die Netzbetreiber drastische Summen in ihre Risikohaushalte einpflegen müssten. Dies ist unbedingt zu verhindern. Falls eine Übergangslösung in der Festlegung direkt nicht möglich sein sollte, wären die FNB der BNetzA dankbar, wenn sie sich für eine zügige Übergangsregelung durch die jetzige Regierung oder eine zeitnahe Regelung durch die neue Bundesregierung nach der Wahl im Verordnungswege einsetzt.